

Redaktionelle Fassung

Hauptsatzung der Gemeinde Tating (Kreis Nordfriesland)

einschließlich der

- I. Änderungssatzung vom 30.03.2015
- II. Änderungssatzung vom 08.08.2016

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 13.05.2013 (I. Nachtrag vom 11.12.2014 und II. Nachtrag vom 12.10.2015) und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Nordfriesland vom 27.06.2013 (I. Nachtrag vom 19.03.2015 und II. Nachtrag vom 30.06.2016) folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Tating erlassen:

§ 1

Wappen, Siegel, Flagge

(zu beachten: § 12 GO)

- (1) Die Gemeinde Tating führt ein eigenes Wappen. Das Wappen zeigt „Von Silber und Blau durch einen grünen und einen schmalen silbernen Balken gesenkt geteilt. Oben ein roter Haubarg, unten ein goldenes dreimastiges Segelschiff im Stil des 16. Jahrhunderts mit silbernen Segeln und roten Wimpeln. Auf dem Großsegel ein halber blauer herschauender Löwe (Leopard).“
- (2) Die Flagge zeigt auf dem von einem breiteren grünen und einem schmalen weißen waagerechten Streifen geteilten weiß-blauen Flaggentuch die Figuren des Gemeindewappens in flaggengerechter Tinktur.
- (3) Das Dienstsiegel der Gemeinde Tating zeigt das kleine Gemeindewappen mit der Inschrift „Gemeinde Tating - Kreis Nordfriesland“

§ 2

Einberufung der Gemeindevertretung

(zu beachten: § 34 GO)

Die Gemeindevertretung soll einmal vierteljährlich einberufen werden. Im Übrigen ist sie durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister einzuberufen, sooft es die Geschäftslage erfordert.

§ 3

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

(zu beachten: §§ 16 a, 27, 28, 34, 35, 43, 47, 50, 51, 82, 84 GO)

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 - 1. Stundungen,

2. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 500,00 € nicht überschritten wird,
3. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 500,00 € nicht überschritten wird.
4. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 2.500,00 € nicht übersteigt,
5. Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der monatliche Mietzins 250,00 € nicht übersteigt,
6. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 2.500,00 € nicht übersteigt,
7. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 25.000,00 €,
8. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden soweit der monatliche Miet- bzw. Pachtzins 500,00 € nicht übersteigt,
9. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 5.000,00 €,
10. Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 5.000,00 €,
11. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 des Baugesetzbuches, sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens nicht die Grundzüge der gemeindlichen Planung berührt oder von besonderer Bedeutung für die Gemeinde ist.

§ 4

Gleichstellungsbeauftragte

Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Eiderstedt kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nicht öffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In den Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 5

Ständige Ausschüsse

(zu beachten: §§ 16a, 22 Abs. 4, §§ 45, 46, 94 Abs. 5 GO)

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

a) Haupt- und Finanzausschuss

Zusammensetzung: 7 Mitglieder

Aufgabengebiet: a.Strategische Steuerung der Gemeinde
b.Entwicklungsplanung für die Gemeinde im räumlichen, übergemeindlichen und übergeordneten Bereich

c. Allgemeine Verwaltung der Gemeinde
(Finanzwesen, Prüfung der Jahresrechnung,
Organisation)

b) Planungsausschuss

Zusammensetzung: 7 Mitglieder

Aufgabengebiet: Fachliche Planung und Betreuung von Projekten in unterschiedlichen Bereichen (Abwasser, Bauhof, Feuerwehr, Friedhofswesen, Soziales, Bildung; Aufzählung ist nicht abschließend)

In die Ausschüsse zu a) und b) können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können; ihre Zahl darf die der Gemeindevertreterinnen und -vertreter im Ausschuss nicht erreichen.

- (2) Neben den in Abs. 1 genannten ständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung werden die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.
- (3) Die Ausschüsse tagen öffentlich.
- (4) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 8 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

§ 6

Aufgaben der Ausschüsse

Den Ausschüssen werden übertragen:

1. dem Haupt- und Finanzausschuss

- a) Finanzwesen
- b) Grundstücksangelegenheiten
- c) Steuern
- d) Prüfung der Jahresrechnung
- e) Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden soweit der monatliche Miet- bzw. Pachtzins 1.000,00 € nicht übersteigt
- f) Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 7.500,00 €
- g) Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 7.500,00 €.

2. dem Planungsausschuss

- a) die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Projekten
- b) die Beschlussfassung über verfahrensleitende Entscheidungen im Bauleitverfahren gem. des Erlasses über das Verfahren bei der Aufstellung von Bauleitplänen und Satzungen nach dem Baugesetzbuch (Amtsblatt SH 1998 S. 576 Nr. 3.2)
- c) der Ausbau, die Unterhaltung und die Gestaltung von baulichen Anlagen sowie von Straßen, Wegen und Plätzen
- d) die Planung und Durchführung von sozialen Maßnahmen sowie die Bewilligung von Zuschüssen für solche Maßnahmen
- e) weitere dem Aufgabengebiet zugeordneten Maßnahmen im Rahmen der durch die Gemeindevertretung formulierten Ziele und Vorgaben sowie der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

§ 7
Aufgaben der Gemeindevertretung
(zu beachten: §§ 27, 28 GO)

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin/den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 8
Einwohnerversammlung
(zu beachten: § 16 b GO)

- (1) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung soll mind. einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt.
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 25 % der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mehr als der Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens enthalten:
 1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die ungefähre Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 9

Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern

(zu beachten: § 29 GO)

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder -vertreter oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 2.000,- €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 200,- € halten. Ist dem Abschluss eines Vertrages eine Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen oder der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,- €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 500,- € hält.

§ 10

Verpflichtungserklärungen

(zu beachten: § 51 GO)

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 2.500,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 250,00 €, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

§ 11

Veröffentlichungen

(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung)

- (1) Die Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinde erfolgt durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel gemäß der geltenden landesrechtlichen Bestimmungen.

Die Bekanntmachungstafel befindet sich:

Dorfstraße/Ecke Bahnhofstraße (neben dem Gebäude Dorfstraße 17)

- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes (1) hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in Form des Absatzes (1), soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 12

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Die Gemeinde ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den Betroffenen gemäß §§ 13, 26 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederdatei zu speichern.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen und Tätigkeitsdauer von ehrenamtlich Tätigen bei den Betroffenen gemäß §§ 13, 26 LDSG und Speicherung in einer Mitgliederdatei sowie Überweisungsdatei.

§ 13 In-Kraft-Treten

Die Hauptsatzung tritt am 01.06.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 28.07.2003 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrates des Kreises Nordfriesland vom 27.06.2013 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Tating, den 18.07.2013

Gemeinde Tating
Der Bürgermeister

L. S.

gez. H. J. Peters

.....
Hans Jacob Peters